

Stellenabbau bei der hessischen Polizei als Streitgegenstand im Landtagswahlkampf - Personaldefizit bei der Polizei im Fokus der Berichterstattung

In den zurückliegenden Jahren seit 1945 ist in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung, war sie doch in den dunklen Kapiteln des dritten Reichs verboten, gewachsen.

Dabei haben selbstverständlich viele Berufsgruppen ihre eigenen Vertretungen gegründet.

Auch die Polizeibeschäftigten haben sich organisiert. Insbesondere in der Gewerkschaft der Polizei tun sie dies, denn die Gewerkschaft der Polizei ist mit Abstand die größte Interessenvertretung in Deutschland und natürlich auch in Hessen. Warum? Weil man ihr die größte Kompetenz zuspricht.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass politisch Verantwortliche die Wahrheiten über den Stellenbestand der hessischen Polizei nicht vertragen konnten und auch nicht können. Nachdem die Gewerkschaft der Polizei die Postkartenaktion landesweit initiiert hatte, überschlugen sich die Ereignisse.

Zunächst wirft der amtierende Landespolizeipräsident der GdP mehrfach öffentlich vor, dass die aufgestellten Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Das kann er, muss er aber auch, denn das erwartet sein Innenminister!

Aber der Landespolizeipräsident ist mit dafür verantwortlich, wie sich das Personal bei der hessischen Polizei unter seiner Führung entwickelt hat.

Dass der Innenminister nicht mit kritischen Gewerkschaften umgehen kann ist bekannt. So hat er GdP- Chef Bruchmüller bei dessen Amtsantritt gefragt: "Wollt ihr Krieg oder Frieden".

Eine gewerkschaftliche Mitgliedschaft entwickelt sich naturgemäß parallel zum Berufsleben. Manch ein Mitglied schafft es auf Grund persönlicher Kompetenz bis in die höchsten Ämter bei der hessischen Polizei, dass ist schön und (immanenter) Bestandteil eines individuellen beruflichen Werdegangs.

Oftmals ist die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei dabei nicht von Schaden.

Natürlich ist die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht automatisch verbunden mit einem aktiven Mandat oder gar Funktionärsamt. Man ist eben Mitglied. Nicht mehr und nicht weniger. Aber Ratgeber sein bei entsprechenden Themen ist eigentlich Aufgabe eines jeden Mitgliedes.

Mehr können hochrangige Polizeibeschäftigte auch gar nicht tun - denn der tägliche Alltag spannt viele stark genug ein.

In politische Abhängigkeit geraten hochrangige Polizeibeschäftigte dann, wenn sie in ein politisches Amt wechseln. Ein Polizeipräsident zählt aufgrund seiner jederzeitigen Abrufbarkeit zu den so genannten "politischen Beamten". Hier hat die historische Entwicklung gezeigt, dass je nach wechselnden politischen Mehrheiten, eben diese politisch Abhängigen Polizeibeschäftigten "mit anderen Aufgaben betraut werden" oder einfach in den "Vorruhestand" geschickt werden. Prominentes und jüngstes Beispiel ist der mittlerweile zum Kriminalbuchautor avancierte erste Landespolizeipräsident Hessens. Man tut dies, um Netzwerke zu schaffen, in welchem (dankbare) Beschäftigte eingesetzt werden und daher auch alles aus Verpflichtung tun.

Es ist eben verbrieftes Recht der regierenden Partei, möglichst viele "Getreue" in eine Organisation zu bekommen. Denn wer dankbar ist, der fühlt sich auch verpflichtet.

Hochrangige Vollzugsbeamte, wie z.B. Inspekteur der hessischen Polizei oder Präsident der Bereitschaftspolizei, auch der Direktor der HPS gehört dazu, sind unkündbar und könnten sich eigentlich stärker als die politischen Beamten in einen Diskussionsprozess einbringen.

Warum tun sie das nicht? Sind sie auch Bestandteil des Netzwerkes - Impera et Divide??

Anmerkung: Divide et Impera (lat. für Teile und herrsche) ist eine Redewendung und steht für das Prinzip, unter Gegnern Zwietracht und Uneinigkeit zu säen, um so in der Machtausübung ungestört zu bleiben.

Dies war aber in der jüngeren Geschichte nicht immer so. Spricht man mit Kollegen, die ihre aktive Zeit als Polizeibeschäftigte bereits abgeleistet haben, so bekommt man Einblick in Vergangenes.

Viel wurde erstritten und manche Schlacht (verbal) inhaltlich mit den politisch Verantwortlichen geschlagen. Dabei ging es fair zu, denn man redete und Stritt gemeinsam, an der Sache orientiert. Dies hat sich grundlegend geändert, wie gesagt, Kritik wird nicht geduldet!

Anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Präsidenten der Hessischen Bereitschaftspolizei a.D., Werner Larem, konnte es sich Volker Bouffier nicht verkneifen, in seiner Laudatio auf die Vereinbarkeit des Amtes eines Präsidenten und der Betätigung in der Gewerkschaft hinzuweisen. Und im Besonderen erschien es Herrn Bouffier überhaupt untragbar, auch noch Mitglied in der F.D.P. zu sein. Spätestens damals wurde deutlich, mit welcher festgefahrenen Vorurteilen gedacht wurde und wahrscheinlich auch noch wird.

Jetzt, da es mal wieder die Gewerkschaft der Polizei war, die das brennende Thema Personaldefizit bei der hessischen Polizei öffentlich angesprochen hatte, hat man im Landespolizeipräsidium vollends die Kontenance verloren. Unbestritten hat man innerhalb der Führungsbeamten dafür gesorgt, dass einige die Gewerkschaft der Polizei per Kündigung verlassen haben. Wie zu hören war, hat es im mittelhessischen ein „Geheimtreffen“ unter der Leitung des LKA Chefs gegeben. Auch das medieninszenierte Spektakel, welches der Präsident des HLKA und Amtsnachfolger des LPP in bei seinem Austritt aus der GdP in Anspruch nahm, ist von derartiger Durchsichtigkeit geprägt, die seinesgleichen sucht. Man darf an dieser Stelle feststellen: Der LKA Präsident wartet ja noch auf seine Genehmigung der Verlängerung seiner Lebensarbeitszeit, gepaart mit der Umwidmung des Amtes des LKA Präsidenten vom Vollzugs- zum Verwaltungsbeamten. Dankbarkeit lässt Grüßen!!

Alle Polizeipräsidenten wurden mittels einer "gemeinsamen

Presseerklärung" öffentlich in die Pflicht genommen! Und natürlich konnten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das auch im hauseigenen Intranet lesen. Große Klasse - Neutralität sieht anders aus. Und: Warum haben nicht alle Behördenleiter unterschreiben dürfen??

Sind die Herren Daschner und Heinrichs, auf Grund des bevorstehenden Ruhestandes - etwa weniger Wert?

Diese Frage wird unbeantwortet bleiben.

Das Ziel dieser Aktion, die hessische GdP als "Nestbeschmutzerorganisation" darzustellen, wurde weit verfehlt.

Bis Mitte Januar waren über 70 Neueintritte zu konstatieren. Ohne aktuelle Einstellungen sondern aus dem Bestand zur GdP gekommen. 14 sind ausgetreten, darunter natürlich auch die „Dankbaren“.

Der Landesvorsitzende kommentierte das Vorgehen so: "Es ist empörend, dass der als knallhart und linientreu bekannte Landespolizeipräsident nun die Polizeipräsidenten mit ins Boot nimmt, um von eigenen, mit zu verantwortenden Versäumnissen, abzulenken." Den hessischen Polizeibeschäftigten, die nachweislich hervorragende Arbeit geleistet hätten und noch leisten, durch eine gemeinsame Presseerklärung der Polizeipräsidenten suggerieren zu wollen, die GdP würde mit ihren medienwirksamen Auftritten die Arbeit der Polizeibeschäftigten diskreditieren, sei unverschämt und ein klares Zeichen dafür, dass der Druck auf die politischen Beamten stark zunehme.

36000 Postkarten an den Landtag

Seit dem 8. Dezember 2007 waren hessenweit Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei unterwegs, um für die Postkartenaktion - Hessens

Polizei auf dem Rückzug - Unterschriften zu sammeln. Der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg und der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller machten vor der anwesenden Presse den Personalabbau bei der hessischen Polizei deutlich. Freiberg: Die Bevölkerung weiß, dass nur eine deutlich stärkere Präsenz der Polizei viele Straftaten verhindern kann. Straftäter müssen schnell gefasst und umgehend für ihre Tat zur Rechenschaft gezogen werden. Mit immer weniger Polizei und Justiz ist der Kampf gegen die Kriminalität nicht zu gewinnen. „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ist das Thema, das die Menschen in Hessen bewegt. Der große Erfolg der Postkartenaktion meiner Kolleginnen und Kollegen hier in Hessen ist ein Beweis dafür.

Über 36.000 Menschen haben weder Mühe noch Briefmarken gescheut, um die GdP in ihrem Kampf gegen einen weiteren Abbau der Polizei „im öffentlichen Raum“ durch Schließung von Polizeiwachen und Streichung von Stellen zu unterstützen.

Sie wissen nämlich: Der öffentliche Raum wird nicht durch Ministerpräsidenten, Wahlkampfparolen und Gesetzestexte sicherer, sondern durch Polizistinnen und Polizisten.

Bruchmüller: Im Zeitraum von 1999 bis 2007, in dem die CDU in der Regierungsverantwortung ist, haben bei der hessischen Polizei 3232 Kolleginnen und Kollegen erfolgreich ihre Ausbildung abgeschlossen.

Demgegenüber sind 3648 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aus dem aktiven Dienst ausgeschieden (Ruhestandsversetzungen, Kündigungen, Entlassungen pp.).

Es bleibt ein Minus von 416 Beamtinnen und Beamte bei der Schutz- und Kriminalpolizei. Durch die „Operation Sichere Zukunft“, namentlich dem Zukunftssicherungsgesetz, das Ministerpräsident Roland Koch unterzeichnet hat, werden bis Ende 2008 bei der hessischen Polizei 968 Stellen, davon 360 Polizeivollzugsstellen und 608 Tarifstellen, gestrichen. Durch die Stellenstreichung im Tarifbereich muss die anfallende Arbeit nunmehr durch Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten geleistet werden.

Dies monierte der hessische Landesrechnungshof in seinem veröffentlichten Prüfbericht zum Haushaltsjahr 2006. 220 Polizeivollzugsbeamtinnen und beamte werden „zweckentfremdet“ für Verwaltungsaufgaben eingesetzt. In Summe entspricht dies etwa ein Fünftel des Gesamtpersonals im Verwaltungsbereich.

In diesen Tagen, rund eine Woche vor den Landtagswahlen, wird man von den Beschäftigten oft gefragt, was tun eigentlich die anderen? gemeint sind die beiden anderen Berufsvertretungen. Nun, da muss man wohl die Funktionäre selbst Fragen. Ob ein

Stillhalteabkommen vereinbart wurde, aus Dankbarkeit für die HPVG - Änderungen und den Abschluss für die hessische Beamtenbesoldung, ist Spekulation (wenn auch naheliegende).

Fest steht, die Gewerkschaft der Polizei ist eine politisch unabhängige Berufsvertretung und betreibt keinen Wahlkampf - sie kämpft aber sehr wohl für die Interessen und Forderungen ihrer Mitglieder und sorgt sich ernsthaft um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Hessen hat gewählt

Die Landtagswahlen haben keinen eindeutigen Sieger hervorgebracht. Wahrscheinlich wird auch noch der Februar ins Land gehen, bevor es zu einer konstruktiven Regierungsbildung kommen wird. Armes Hessen.

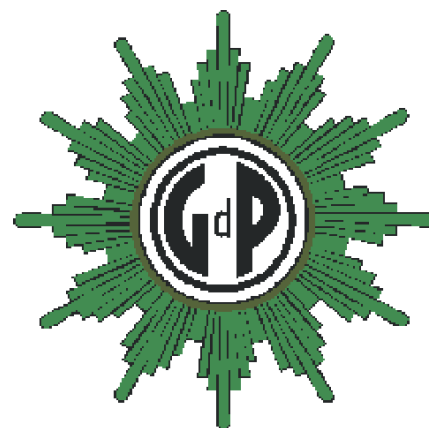
Die Gewerkschaft der Polizei wird auch weiterhin an ihren Forderungen festhalten, ganz gleich wer in der Staatskanzlei ein- oder auszieht!

Unsere Forderungen, dem Ausgleich vorhandener Personaldefizite werden wir auch weiterhin bei allen Gelegenheiten Nachdruck verleihen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Beendigung der Stellenbesetzungssperre und die Übernahme von Auszubildenden.

Bürgernahe Polizeidienststellen müssen erhalten bleiben, das haben die Rücksendungen der Postkarten ergeben.

Der Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ist ebenso ein MUSS wie die Abkehr von der 42-Stunden Woche.



Nicht vergessen: vom 26.- 29. Mai 2008 ist Personalratswahl

GdP - kritisch unabhängig kompetent